Die Impffrage im Reichstag.

Von J. Schwalbe.

Die Verhandlungen über die in No. 3, S. 128 veröffentlichten Anträge zur Aenderung des Impfgesetzes haben im Reichstag am 30. Januar und 1. Februar stattgefunden, sind aber infolge der Geschäftsverteilung noch nicht zu Ende geführt worden. Ich hatte bisher die Absicht, in eine Kritik dieser Debatte erst nach ihrem völligen Abschluß einzutreten; da aber für die Fortsetzung der Verhandlungen nach meiner Information ein Termin zurzeit noch nicht — wenn überhaupt! — festzusetzen ist, so halte ich es im Interesse der Sache für geboten, wenigstens in Form der sonst von mir redaktionell verpönten „vorläufigen Mitteilung“ zu einigen Ausführungen das Wort zu ergreifen.

Die Petitionskommission hatte erfreulicherweise durch Mehrheitsbeschluß beantragt, im Plenum die verschiedenen Abänderungsvorschläge abzulehnen und über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. Demgegenüber trat zunächst Herr Dr. phil. Pfeiffer zur Begründung seines in Gemeinschaft mit Prof. Dr. Fassbender¹⁾ gestellten, in No. 3, S. 128 wiedergegebenen Antrags (Einführung einer Gewissensklausel etc.) in die Schranken.

Herr Dr. Pfeiffer wandte sich in seiner Einleitung gegen die Glosse, die ich an der oben erwähnten Stelle zu seinem Antrag gemacht hatte. Meinem Rat zu sorgfältigen Studien der Impffrage, insbesondere mit Berücksichtigung der Mitteilungen auf S. 189, Jahrgang 1901 unserer Wochenschrift, habe er zu folgen sich bemüht, erstens weil er ein guter Mensch sei und zweitens weil er den Grundsatz habe, vor der Öffentlichkeit des deutschen Volkes nicht über etwas zu reden, von dem (Stil!) er nichts verstehe.

Mit dieser Versicherung glaubte Herr Dr. Pfeiffer, Mitglied des Zentrums, Sekretär der Kgl. Bibliothek in Bamberg, klassischer Philologe etc., eine genügende Legitimation für die Vertrauenswürdigkeit seiner folgenden Exegese beigebracht zu haben, und die wohlwollende „Heiterkeit“, die das eine Mal, das „Bravo! in der Mitte“, das das andere Mal bei den zitierten Worten im Stenogramm verzeichnet ist, läßt den Schluß zu, daß er bei einigen Abgeordneten den gewünschten Eindruck hervorgerufen hat.

¹⁾ Von Prof. Fassbender, Mitglied des Zentrums, Nationalökonom, stammt auch der in No. 7, S. 317 erwähnte Abänderungsantrag zu § 1 des Kurfuschergesetzes. Dieses ausgeklügelte Geistesprodukt lautet wörtlich:

„Zur Behandlung von Krankheiten, Leiden und Körperschäden an Menschen bedarf es eines behördlichen Erlaubnisscheines, der bei der jeweiligen Anmeldung der zuständigen Polizeibehörde vorzulegen ist. Dieser Erlaubnisschein wird ausschließlich auf Grund einer erfolgreich bestandenen Prüfung erteilt, die vor der Kommission abzulegen ist. Das erworbene Prüfungszeugnis enthält die genaue Angabe über Art und Weise und die Ausdehnung der Tätigkeit, zu der der betreffende Heilgewerbetreibende berechtigt ist. Diese Prüfung stellt sich dar: a) als eine Intelligenzprüfung, die den allgemeinen Bildungsgrad, die Ausdrucksfähigkeit von Gedanken und Vorstellungen erweisen soll. Als besondere Kenntnisse sollen erfordert werden ungefähr die Reife einer absolvierten Mittelschule oder Real-Tertia. Dieser Teil der Prüfung ist mündlich und schriftlich abzulegen. b) als eine mündliche, praktische Fachprüfung, durch die der Nachweis zu erbringen ist für das Vorhandensein zureichender Kenntnisse für die Behandlung, die Wartung und den Umgang mit Kranken. Dieser Teil der Prüfung ist nicht dazu bestimmt, einen Einblick in die als vorhanden verlangte ärztliche Begabung zu ermöglichen. Die Prüfung wird abgelegt vor einer Kommission, die dem Reichsamt des Innern angegliedert ist. Sie besteht aus 1. einem Verwaltungsbeamten als Vorsitzenden, 2. einem approbierten Arzt, der keine Praxis ausübt, 3. einem Mittelschullehrer, 4. einem approbierten Naturarzt und 5. einem approbierten homöopathischen Arzt.“

Erst auf das „Unannehmbar“ des Ministerialdirektors v. Jonquières ließ der Erzeuger seine „Spottgeburt“ in der Versenkung verschwinden.

Wir sind leider nicht in der Lage, in das Herrn Dr. Pfeiffer gezollte „Bravo“ einzustimmen: wir müssen vielmehr behaupten, daß Herr Dr. Pfeiffer ebenso wie mancher andere Abgeordnete von der Tribüne des Parlaments über Dinge gesprochen hat, für die ihm die nötige Sachkenntnis durchaus gemangelt hat, und wir haben sogar allen Grund, in seine Versicherung, daß er ein guter Mensch sei, einigen Zweifel zu setzen.

Wenn ich mit dem letzten Punkt beginne, so leitet mich die — vielleicht recht naive — Ueberzeugung, daß, wenn schon für jeden gewöhnlichen Sterblichen, so namentlich für einen Volksvertreter die moralische Verpflichtung, der Wahrheit zu dienen, jederzeit gelten soll. Herr Dr. Pfeiffer hat aber wohl als erfolgssuchender Volksredner, dem es auf recht viele „Heiterkeit“ ankommt, gesprochen, nicht aber als ein Mann, der in objektiver Weise die Gründe und Gegenstände seiner Beweisführung zu erschöpfen sucht und der nach Maßgabe seines Verstandes sorgfältig das ihm bekannte Material einer Prüfung unterzieht. Herr Pfeiffer sagt: „Die Ausführungen der Deutschen Medizinischen Wochenschrift 1901, S. 189 hierzu — nämlich zu der sogenannten Gewissensklausel — beweisen nicht sehr viel. Es ist darin nur gesagt, daß lediglich ‚die alberne Komödie der Gewissensklausel‘ wieder aufgeführt würde; bei Ausbruch der Pocken in Glasgow seien die Leute gekommen und hätten den lebhaften Wunsch nach Impfung und Wiederimpfung geäußert.“

So ist es zu lesen im Stenogramm der Pfeifferschen Rede. Mußten die Reichstagsabgeordneten nicht danach glauben, daß mit diesem Zitat die ganzen Bemerkungen unserer Wochenschrift, auf die wir Herrn Pfeiffer zum Zweck seiner Belehrung hinzuweisen die Freundlichkeit gehabt haben, erschöpft wären, mußten die Zuhörer es nicht annehmen nach der ausdrücklichen Versicherung: „es ist darin nur gesagt, daß lediglich . . .“?

Und mit diesem Satze vergleiche man den wirklichen Wortlaut der angezogenen Stelle in einem „Briefe“ unseres Londoner Korrespondenten: „Die in Glasgow aufgetretenen Pocken haben leider weiter um sich gegriffen, und überall im westlichen Schottland tauchen neue Fälle auf. Interessant ist nun zu sehen, wie beim Herannahen der Gefahr der Wunsch nach Impfung resp. Wiederimpfung selbst bei Impfgegnern resp. lauen Anhängern der Impfung gewachsen ist. Während noch vor einigen Monaten das Anerbieten der Stadt Glasgow, die eine Epidemie voraussah und freie Impfung und Wiederimpfung anbot, keinen Anklang fand, drängt sich jetzt, nachdem die Seuche wirklich aufgetreten ist, das Volk haufenweise zur Impfung. Allein an Wiederimpfungen wurden seit Auftreten der Pocken über 240 000 vorgenommen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß zahlreiche Impfgegner sich unter den Geimpften befinden. Dabei wird an anderen noch seuchenfreien Orten die alberne Komödie der sogenannten Gewissensklausel noch immer weiter gespielt. Fast täglich lesen wir in den Zeitungen, daß ein von den Impfgegnern aufgehetzter Vater zum Richter geht und hier unter Berufung auf sein Gewissen, das ihm die Vornahme der Impfung verbiete, Befreiung für sein Kind fordert. Was nutzt es, daß der Richter seine Zeit damit vergeudet, diesen Leuten die Torheit und Schädlichkeit ihres Vorhabens vorzuhalten, sie sind von ihren Führern so gut gedrillt, daß sie allen Ermahnungen ihr zartes Gewissen entgegenhalten, und wohl oder übel muß der Richter ihnen das Befreiungszeugnis ausstellen. Das nennt man dann persönliche Freiheit.“

Da wir keinen Grund zu der Annahme haben, daß Herrn Pfeiffer die Bedeutung dieser tatsächlichen Angaben unklar gewesen ist, so bleibt uns nur die Vermutung übrig, daß er ganz bewußt die Ausführungen unserer Wochenschrift, unter dem Vorgeben, sie genau zu zitieren und zu widerlegen, fast vollständig unterdrückt hat, und zwar weil er fürchten mußte, daß durch ihren Inhalt bei manchem Zuhörer das Gegenteil von der dem Redner erwünschten Wirkung, zum mindesten keine „Heiterkeit“ hervorgerufen werden würde.

Meine Bemerkung auf S. 128 sollte aber Herrn Dr. Pfeiffer nicht als einzige Quelle seiner Information dienen, sondern „als Hinweis für dringend notwendige Studien“. Nicht nur in dem oben angeführten Selbstlob, sondern auch in seinen übrigen Ausführungen suchte nun der Redner den Eindruck zu erwecken, als ob er wirklich mit dem ganzen Arsenal ausreichender Sachkenntnis und namentlich historischer Studien ausgerüstet die Begründung seines Antrags unternehme. Von diesem Standpunkt verkündete er, man habe im Jahre 1874 im Reichstag ein Gutachten der Preussischen Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen aus dem Jahre 1872 vorgelegt und als volle Wahrheit angenommen, „aber — so fährt er fort — 1879 haben es die Delegierten des Aerztevereins (!?), ferner Robert Koch — meine Herren, ausgerechnet Robert Koch! — als durchaus wert- und beweislos erklärt“.

Herr Pfeiffer sucht also den Reichstagsmitgliedern den Glauben beizubringen, daß „ausgerechnet“ Robert Koch das ganze Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation (und namentlich den vorher zitierten Satz: „Die Sterblichkeit bei Pockenerkrankung hat seit Einführung der Pockenimpfung erheblich abgenommen“) für irrig gehalten habe. Aber dem Herrn Abgeordneten, der mit beneidenswertem Selbstbewußtsein weit in die Lande hinaus verkündet, daß er vor der

Oeffentlichkeit des deutschen Volkes nur über Dinge rede, von denen er etwas verstehe, ist es offenbar unbekannt geblieben, daß im November 1884 eine auf Veranlassung des Reichstags durch den Reichskanzler einberufene Kommission über das Impfgesetz beraten hat, in der Robert Koch als Hauptmitarbeiter gewirkt hat und in der er bei der Verhandlung über die Frage des Schutzes, den die Vakzination gegen die Pocken verleiht, neben vielem anderen bemerkt: „Auch in diesem Falle zeigt es sich, daß von dem Jahre ab, wo die volle Zwangsimpfung eingeführt ist, die Pockenmortalität auf ein Minimum herabsinkt, und zwar so tief, wie es noch niemals in einem Lande beobachtet worden ist, solange Aufzeichnungen über die Pockensterblichkeit gemacht sind.“

Ich beschränke mich auf diese Beweisstücke für die Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit, mit der ein Parlamentarier diese Frage, die von der größten Bedeutung für das öffentliche Gesundheitswesen seines Volkes ist, behandelt hat.

Auf die weiteren Verhandlungen werde ich demnächst zurückkommen.